

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den "Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altenreia-Stadt

Zur teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintrieb, od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort: Altenreia. Gerichtsstand: Nagold. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 73

Altenreia, Samstag den 28. März 1931

54. Jahrgang

Die deutsch-österreichische Zollangleichung

Von Direktor Dr. Ströbel, M. d. L., Stuttgart

Zollunion im britischen Unterhaus

London, 29. März. Im Unterhaus eröffnete der liberale Sir Donald Maclean eine Debatte über die deutsch-österreichischen Zollvereinbarungen. Er erklärte, von den Liberalen könne es nur begrüßt werden, wenn dank dieser Abmachungen wenigstens eine einigartige Zollmauer in Europa zum Vorschein gebracht werde. Er bedauerte aber, daß von den vertragschließenden Mächten keine die Gegebenheiten der Lösung des Organisationsauschusses benutzt habe, um vor dem Abschluß der Vereinbarungen eine persönliche Fühlungnahme und Aussprache mit den Vertretern anderer Staaten herbeizuführen. Er verlebte dabei nicht, wiederum darauf hinzuweisen, daß Österreich dem Völkerverbund das Wiedererleben seiner finanziellen Selbständigkeit zu danken habe.

Abg. Wise, ein Vertreter des linken Flügels der Arbeiterpartei wendete sich scharf gegen Bestimmungen der Friedensverträge, die dazu bestimmt sind, die Trennung zwischen Deutschland und Österreich aufrechtzuerhalten. Eine solche Bestimmung laute der Vernunft zuwider.

Unterstaatssekretär Dalton erklärte, eine schwierige Frage wie diese, muß in der freundschaftlichen Atmosphäre des Völkerverbundes gerührt werden. Man hat den Vorschlag gemacht, daß der Völkerverbund die Angelegenheit unterläßt, um festzustellen, inwieweit die projektivierte Vereinbarung aus juristischen Gründen als den aus den Verträgen und den Handelsverträgen sich ergebenden Verpflichtungen zumiderlaufend angesehen werden könnte. Die Regierung wird von dem Wunsch erfüllt, die ganze Tragweite des Plans sorgfältig und unparteiisch zu untersuchen.

Der frühere Außenminister Sir Austen Chamberlain sagte: Ich glaube, die anderen Nationen, die an der Konferenz über den Zollwaffenstillstand oder an den Erörterungen über andere Vereinbarungen Europas beteiligt waren haben einen Grund zur Befriedigung, wenn ein Plan dieser Art in Heimlichkeit vorbereitet wird, während die erwähnten Konferenzen im Gange sind und wenn dann die Mächte plötzlich mit einem Plan überumpelt werden. Was die jüngere Frage des Inhalts und der Tragweite dieser Vereinbarungen betrifft, so bin ich mit Henderson der Meinung, daß sie vor dem Völkerverbund gebracht werden sollen. Außer den juristischen Fragen werde durch diese Vereinbarungen auch verschiedene politische Fragen aufgerollt, die vielleicht nicht weniger wichtig sind.

Scharfe Entschiedenheit des französischen Kammerauschusses

Paris, 28. März. Der Kammerauschuss für Handels- und Zollfragen hat zum deutsch-österreichischen Zollangleichungsprotokoll eine Entschiedenheit angenommen. Der Ausschuss ersucht den Außenminister und den Handelsminister sich energisch dem endgültigen Abschluß der österreichisch-deutschen Zollunion zu widersetzen und falls diese Opposition ergebnislos bleiben sollte, sofort den französisch-deutschen und französisch-österreichischen Handelsvertrag zu kündigen, wie es nach dreimonatlicher Vorankündigung in die beiden Verträgen angenommene Schlußklausel erlaubt. Der Ausschuss verlangt außerdem die Aufnahme von Verhandlungen mit den übrigen europäischen Mächten, um sie für den Nulltariffvertrag zu gewinnen.

London, 28. März. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Gerücht habe auf einen gemeinsamen Protestschritt in Wien von Seiten Englands, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei bestanden. Henderson habe es jedoch abgelehnt, sich einem solchen Protest anzuschließen. Die italienische Regierung habe das gleiche Gerücht mit dem Erfolge, daß dieser Protest nicht faßbar gelassen worden sei.

Erregung in London und Paris

London, 27. März. „Times“ schreibt: Hendersons Anregung wegen Prüfung der österreichisch-deutschen Vereinbarung durch den Völkerverbund habe die legale, nicht die politische und wirtschaftliche Seite betroffen. Man dürfe mit einiger Zuversicht hoffen, daß Brünning Hendersons Anregung ablehnen werde.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ schreibt: Im Ton der französischen Presse ist ein bemerkenswerter Wechsel eingetreten. Blätter, die sich noch vor zwei Tagen in den heftigsten Prodrüsen gegenüber dem österreichisch-deutschen Plan ergossen, sind jetzt ganz bescheiden geworden und heilen sich. Hendersons Aktion als eine eindrucksvolle Erneuerung der französisch-britischen Zusammenarbeit zu bezeichnen. Der Grund für diesen Wechsel ist, daß die französische Presse und sogar der „Quai d'Orsay“, nachdem sie den fatalistischen Rat Hendersons angehört haben, sich jetzt einstellen müssen, daß ihre ersten Schlussfolgerungen sich wohl mehr durch Schnelkatheit, als durch Ueberlegung auszeichneten.

Heute noch

Können Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung bestellen, wenn Sie dies für den Monat April noch nicht getan haben.

Beschlüsse des Reichsrats

Ablehnung der Steuererhöhungen — Zustimmung zum Etat

Der Reichsrat beschloß am Freitag abend, gegen einige Stimmen bei Stimmenthaltung des Beschlusses gegen die auf Antrag der Sozialdemokraten vom Reichstag beschlossenen erhöhten Zuschläge zur Einkommensteuer über 20 000 Mark und zur Vermögenssteuer Casprun zu erheben und zwar mit Rücksicht auf die Kapitalbildung und auf die Stärkung des Vertrauens der Wirtschaft, denen nach Ansicht des Reichsrates Steuererhöhungen widersprechen würden. Der Reichsrat sprach jedoch die Erwartung aus, daß den Gemeinden die Wohlfahrtsverbandsleistungen auf andere Weise erleichtert werden, durch sofortige Verlängerung der Auslaufkassen der Arbeitsunterstützung. Die beim Etat vom Reichstag beschlossene Umstellung von 2000 Ämternstellen auf den Landesfinanzämtern und Versorgungsämtern wurde vom Reichsrat abgelehnt. Dagegen fiel die Ueberweisung von 5 Millionen an die Knappschaftsversicherung, die aus dem vom Reichstag abgelehnten Lantemensteuererhöhung bestritten werden sollte. Im übrigen beschloß der Reichsrat den vom Reichstage vorgenommenen Ausgabeerhöhungen im Etat zuzustimmen. Auch drei Millionen für die Kinderpflege wurde zugestimmt, obwohl dieser Betrag ebenfalls durch die Lantemensteuer gedeckt werden sollte. Der Berichterstatter, Ministerialdirektor Dr. Frech, brachte hierzu zum Ausdruck, daß der Reichsrat in der heutigen Zeit eine Erziehung des Vertrauens nicht für annehmbar hält und daß der Ausgleich im Rahmen des gesamten Haushalts von der Reichsregierung aufgrund der ihr vom Reichstag erteilten Vollermächtigung gesucht werden müsse.

Dem Etat wurde endgültig zugestimmt. In einer Entschließung spricht der Reichsrat die Erwartung aus, daß die Reichsregierung, wenn durch eine Notverordnung Länder und Gemeinden berührt werden, vorher mit dem Reichsrat Fühlung nehmen wird.

Den Reichstagsbeschlüssen zur Dämpfung und zur Zollvorlage wurde zugestimmt, ebenso den Beschlüssen über die Änderung des Lichtspielgesetzes, die Verlängerung der Postfachordnung und der Verschärfung der Verschönerungsausschüß.

Um den Schenkervertrag

Berlin, 27. März. Der Reichsverkehrsminister hat dem in der Öffentlichkeit bekannten Vertrage zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Hauptverwaltung, und der Firma Deutsche Bahnspezial-Schenker & Co. G.m.b.H. in Berlin über den Kollifuhrdienst, Sammelspedition, Verlehnung und Kraftwagenverkehr in der vorgelegten Fassung namens der Reichsregierung die nach § 31 Ziffer 4 des Reichsbahngesetzes vorbehaltene Genehmigung verweigert.

Von Reichsbahnhälfte wird mitgeteilt: Es muß an den Standpunkt der Reichsbahn erinnert werden, daß der Bahnspezialvertrag nicht der Genehmigung der Reichsregierung bedürfte. Auf der anderen Seite wurde von der Reichsbahn nach der letzten Verwaltungsratsitzung vor einigen Tagen die Auffassung vertreten, daß in gemeinsamen Beratungen mit der Reichsregierung sowie mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft ein Ausgleich in der Bahnspezialvertragsfrage gesucht werden muß.

Dramatische Szenen im Stuttgarter Frauengefängnis

Frau Dr. Kienle macht ihr Testament

Berlin, 28. März. Im Stuttgarter Frauengefängnis, wo die wegen Vergehen gegen den § 218 verhaftete Frau Dr. Kienle untergebracht ist, kam es, wie die „Völkische Zeitung“ berichtet, gestern abend zu dramatischen Szenen. Der Gerichtsarzt, der auf Antrag der Verteidiger vormittags die jetzt seit einer Woche hungernde Kienle untersucht und dem Untersuchungsrichter gegenüber erklärt hatte, es bestehe z. Bt. bei der Untersuchungsgefangenen keine Gefahr für ihr Leben, und man brauche vor den nächsten acht bis vierzehn Tagen nicht mit wesentlichen Erschöpfungszuständen zu rechnen, mußte auf dringenden Ruf der Gefängnisverwaltung gegen 5.30 Uhr nochmals herbeigerufen werden, da sich Frau Kienle in einem Zustand größter Erschöpfung befand.

Nach der zweiten Untersuchung ordnete der Gerichtsarzt die sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus an, der sich jedoch Frau Dr. Kienle aufs entschiedenste widersetzte. Nach der Drohung des Gerichtsarztes, man werde sie nun mit Gewalt fortzuschaffen, erlitt Frau Kienle einen neuen Erschöpfungsanfall. Sie verlangte dringend nach einem Notar, um ihr Testament zu machen. Dieser Bitte wurde nun auch sofort entsprochen. Im Beisein zweier Gefängnisbeamten als Zeugen diktierte Frau Kienle dann dem Notar ihre letzte Verfügung für den Fall ihres Todes.



Die inzwischen herbeigerufenen Verteidiger verlangten die sofortige Herbeiziehung des Untersuchungsrichters, der nach seinem Eintreffen ebenfalls die Forderung des Gerichtsarztes unterstützte und den Gefängnisdirektor auf-forderte, Frau Kienle gewaltlos nach dem Krankenhaus überführen zu lassen.

Da auch die Verteidiger Frau Kienle zum freiwilligen Verlassen des Gefängnisses nicht bewegen konnten, legte man sich schließlich mit dem Oberstaatsanwalt in Verbindung, der jedoch erklärte, heute Abend keine Entscheidung mehr treffen zu können. Daraufhin beantragten die Ver-teidiger, man möge Frau Kienle heute Nacht nochmals im Gefängnis belassen und morgen auf Grund einer Unter-suchung eine neue Entscheidung treffen.

Der Oberstaatsanwalt ordnete nun eine neue ärztliche Untersuchung an, bei der der Gerichtsarzt feststellte, daß Frau Dr. Kienle nicht mehr transportfähig sei. Heute vor-mittag soll nun eine endgültige Entscheidung getroffen werden.

Heinrich Mann 60 Jahre alt

Heinrich Mann hat am 27. März das 60. Lebensjahr erreicht. Er ist einer der markantesten Köpfe der zeitgenössischen Literatur, dessen Verstand und Werk vor nicht allzu langer Zeit umstritten war. Heinrich Mann, der vier Jahre älter ist als sein Bruder Hans, lange im Schatten des schon in der Jugend weltberühmt Gewordenen. Welch gewaltiger Unterschied in der Schaffensart der beiden Brüder besteht, erhellt vielleicht am besten die Gegenüberstellung der beiden Väter der Romane Thomas Manns „Die Buddenbrooks“ und Heinrich Manns „Professor Unrath“. Abgesehen von dem thematischen Unterschied finden wir bei Thomas Mann eine sorgfältig bis ins Einzelne gehende Charakterisierung der einzelnen Personen, eine liebevolle Ver-teilung in die Psychologie der Handelnden. Aus der anderen Seite Heinrich Mann, der in seinem Buch „Professor Unrath“, einen Feind der Jugend ausholt, der um Wirkungen zu er-zielte, selbst vor satirischen Übertreibungen nicht zurück-schreckt, dessen Buch eine einzige Anlage ist. Seine Arbeiten sind stets tendenziös. Eine Gesellschafts- und Zeitkritik gründen Stils ist „Der Untertan“ und seine Fortsetzung „Die Armen“. Die Werke Heinrich Manns sind nicht nach ledernem Geschmack seine Tendenz, seine Anschauungen werden von vielen nicht geteilt. Die Hauptbedeutung Heinrich Manns liegt in seinem zeitkriti-schen Schaffen. D. D.

Neues vom Tage

Notverordnung gegen politischen Terror?

Berlin, 28. März. Wie der „Vorwärts“ wissen will, soll entsprechend einer Vereinbarung auf der Konferenz der Innenminister eine Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften zur Abwehr des politischen Terrors erfolgen. Da es nicht möglich war, dem Reichstag rechtzeitig eine Vorlage zu unterbreiten, soll auf Grund des Artikels 48 Anfang nächster Woche eine Notverordnung erlassen werden, die Änderungen im Vereins- und Versammlungsrecht, ver-schärfte Bestimmungen gegen Waffenschein und Waffenhan-del, sowie Verschärfung der Strafbestimmung wegen Auf-forderung zu politischen Gewalttaten enthalten soll.

Der Österreichische Justizminister in Berlin

Berlin, 27. März. Der Österreichische Bundesminister für Justiz, Dr. Schöffel, der sich zu Besprechungen über Fra-gen vor allem des Urheberrechts nach Berlin begeben hat, ist hier eingetroffen. Zur Begrüßung hatten sich der mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsjustizministers beauftragte Staatssekretär Dr. Joel und der Österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, auf dem Bahnhof ein-gefunden.

Abstufung des Reichsbankkredits für die Arbeitslosenversicherung

Berlin, 27. März. Die Verhandlungen zwischen der Reichsbank und der Reichsanstalt zur Arbeitslosenversicherung und Arbeits-vermittlung haben zum Abschluß eines Kredits in Höhe von 20 Millionen RM. geführt. Die Veranlassung zu diesen Ver-handlungen hat die Trennung der Reichsanstalt vom Reichs-haushalt mit Wirkung vom 1. April gegeben. Der von der Reichsbank gewährte Kredit ist als Ueberbrückungskredit für die derzeitigen Bedürfnisse, insbesondere für die Monate, in denen die Ver-tragsrücklagen für die Zahlung der Unterhaltungsgeelder nicht ausreichen zu betrachten und soll später aus den Einzahlungen der saisonmäßig besseren Monate im Sommer und Herbst zurück-gezahlt werden. Die Unterlagen für den Reichsbankkredit bilden die Reichsbahnvorsorgeaktien von nominell 125 Millionen RM., die das Reichsfinanzministerium der Reichsbank zur Ver-fügung gestellt hat; diese werden zu 75 Prozent ihres Nomi-nalwertes mit der üblichen Verzinsung von 1 Prozent über Reichs-bankdiskont in Lombard gegeben. Wie hierzu weiter verhandelt, wird mit dieser Transaktion die Periode einer härteren Ein-schaltung der Reichsbank in den Geldverkehr der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung eingeleitet.

Zeppelin erste Weltfliegenfahrt im Jahre 1931

Friedrichshafen, 27. März. Freitag früh 6.29 Uhr stieg das Luftschiff „Graf Zeppelin“ zu seiner ersten Weltfliegenfahrt des Jahres aus. Die Führung liegt in Händen von Kapitän Lehmann. Der Aufstieg ging bei schwachem Nordostwind glatt; von Kettlen. An dem Flug nahmen 12 geladene Gäste teil. Dr. Eck-ner wird am 7. oder 8. April nach Friedrichshafen zurückkehren um die Führung des Luftschiffes für die erste Herbstfahrt nach Mexiko zu übernehmen.

Nach anderthalbtägiger Fahrt im Bodenseegebiet landete das Luftschiff am 2. April auf dem Wertfeld. Um 8.05 Uhr war das Luftschiff wieder in der Halle.

Gandhi droht mit Selbstmord

London, 27. März. „Times“ meldet aus Karachi: In einer Rede vor einer ungeduldeten Versammlung kam Gandhi auf die blutigen Zusammenstöße mit den Hindus und Mohamedanern in Calcutta zu sprechen und sagte: Wenn Hindus und Mohamedaner sich nicht verstehen, werden sie in Indien, dann werde ich mich selbst töten und freiwillig den Hungertod sterben. Neben die ser-schlimmen Bestimmungen, denen er am Tage zuvor asseniet war, sagte er: Ihr könnt mich ermorden, ihr könnt mir die Kehle durchschneiden, aber selbst wenn ihr Gandhi tötet, werdet ihr Gandhis Sache nicht töten.

Die Funktionäre der S.P.D. Groß-Breslau entziehen der Parteileitung ihr Vertrauen

Breslau, 28. März. Eine Versammlung der Funktio-näre der S.P.D. Groß-Breslau nahm gestern nach einem Bericht des Reichstagsabgeordneten Ziegler-Breslau, der bekanntlich zu den neun sozialdemokratischen Abgeordneten zählte, die gegen die Bewilligung des Panzerkreuzers B stimmte, eine Entschließung an, in der das Verhalten der-jenigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktionsmitglieder gebilligt wird, die sich gegen die Bewilligung der Panzer-kreuzertratte ausgesprochen haben. In der Entschließung heißt es weiter, die Forderung der Regierung Brüning habe nicht zur Rettung der Demokratie geführt, sondern nur die Ausschaltung von Verfassung und Parlament zur Folge gehabt. Die Funktionäre der S.P.D. Groß-Breslau haben sich deshalb veranlaßt, der Partei und Fraktions-führung das Vertrauen zu entziehen. Sie forderten vom Parteitag Richtlinien für die Reichstagsfraktion, die der „Massenpolitischen Zielsetzung“ der Partei entsprächen. In einer weiteren Entschließung wurde der Sympathie für Frau Dr. Kienle-Stuttgart Ausdruck gegeben.

Schiedsprüche im deutschen Baugewerbe

Berlin, 27. März. Das vom deutschen Baugewerbe eingesezte zentrale Tarifamt hat nach 47tägiger Verhandlung am Morgen des 27. März 40 Schiedsprüche gefällt, durch welche das Baugewerbe ganz Deutschlands erfasst wird und die Löhne um 8 bis 11 Prozent gesteigert werden. Nach dieser Neuregelung soll z. B. der Maurer in Berlin einen Stundenlohn von 1,41 RM. erhalten. Die Parteien haben sich bis zum Samstag, 4. April, zu den gefällten Schiedsprüchen zu erklären.

Erklärende Folgen eines gefährlichen Spiels

Kudorf, 27. März. In einer nahe gelegenen Ortschaft tro-chen drei Kinder in Abwesenheit der Eltern beim Spielen in eine große Truhe. Unbemerkt klappte der mit einem Sandozschloß versehenen Deckel der Truhe zu und die Kinder waren gefangen. Die Eltern, die erst nach einigen Stunden bemerhten, entdedten zu ihrem Entsetzen die entstellten Körper der Kleinen, die elend erstickt waren.

Neue Währungsstützung in Spanien

Madrid, 27. März. Der Staatsanzeiger veröffentlicht ein Dekret, das die Aufnahme eines Kredits von 60 Millionen Dollar unter Garantie des Staates für die Regelung des Pesetenurses als erste Etappe der Stabilisierung genehmigt.

Das Kreuz der Ehrenlegion für Charlie Chaplin

Paris, 27. März. Charlie Chaplin wurde heute vom Genera-alsekretär der Quai d'Orsay empfangen, der ihm das Kreuz der Ehrenlegion überreichte.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 28. März 1931.

Warum muß der Landwirt auch im Sommer eine Zeitung halten?

26. In völliger Verkennung der Bedeutung der Tagespresse glauben immer noch viele Landwirte, richtig zu handeln, wenn sie sich im Sommer keine Zeitung halten. Teils wird Mangel an Zeit, teils auch die Notwendigkeit zu sparen, als Grund angege-ben. In dankenswerter Weise behandelt Landesökonomierat Ritz-Kalen im „Württ. Wochenblatt für Landwirtschaft“ die Frage. Er schreibt u. a. folgendes: Jeder Landwirt, dem es ernst ist mit seiner Weiterbildung, muß soviel Zeit für eines der wich-tigsten Weiterbildungsmittel, die Zeitungen, haben, daß er wenig-stens den wirtschaftlichen Teil der Tagespresse und die Fachzeitschriften liest. Dabei wird er in der Fachpresse die ihn besonders interessierenden Artikel anstreichen, um sie dann an Sonntagen oder aber in den heimlichen Wintermonaten mit Ruhe und Überlegung lesen zu können. Bei der Tageszeitung über-bleibt er die zusammengeordneten Tagesnachrichten und vor allem den wirtschaftlichen Teil, während er sich Geschichten und sonstige Reizstoffe für ruhendere Zeiten aufhebt. Auf diese Weise wird ihm dann die Zeitung nicht zu einer Last, die er dazu noch bezahlen soll und von der er nichts hat, sondern zu einer Quelle der Freude und der wirklichen Weiterbildung. In meinem an-erkennenden Bericht als Schulorkester und Landwirtschaftsberater, wo ich oft in Folge von Vorträgen und Sitzungen, Feldereinigun-gen usw. kaum Zeit zum Lesen der Zeitung finde, habe ich schon oft behauptet die oben geschilderten Maßnahmen geübt und habe auf diese Art und Weise meine Preise lieb gewonnen. Wenn ich noch so laßig und noch so müde nach Hause komme, so daß ich oft vor Müdigkeit nichts mehr essen mag, so lasse ich mir doch die Zeitung nicht entgehen und durchlese sie in oben geschilderter Weise.

Zu der Frage der Bewusstseins der Tageszeitung schreibt Landesökonomierat Ritz u. a.: Die Sporer am fassen Frage frage ich: Was ist Sparmaß? Bei einem Handel oder Geld zu ver-lernen durch Unkenntnis der neuesten Preise oder aber die paar Pfennige für die Zeitung zu sparen? — In solchen Fällen hat sich die Zeitung oft schon hundert- und tausendmal bezahlt ge-macht. Oder wie oft wird man durch kurze Notizen, landwirt-schaftlich-technischer Art von Fehlern in der Düngung, Boden-bearbeitung, Saat usw. bewahrt. Tröstet diese Notiz dann nicht auch hundertsche Frucht? Wie wichtig sind denn heute die Hin-weise auf die Konzentrationsergebnisse, die dem Landwirt zeigen sollen, wie er sich beim Anbau der Früchte, beim Anstellen von Vieh usw. zu verhalten hat, um Ueberproduktion und damit Preisstürze zu vermeiden. Ist nicht auch dieser Hinweis für den Landwirt ein großer Segen? Wie kann denn lezter ein guter Zeitungsleser aus den politischen und wirtschaftspolitischen Nach-richten Nutzen für sich ziehen dadurch, daß er diese Nachrichten vermerkt. Nirgends kann man sich besser über die Stimmung der verschiedenen Bevölkerungstriebe orientieren als in der Zeit-ung. Diese Orientierung gibt mir aber wieder wertvolle Finan-zien für die Behandlung der nichtlandwirtschaftlichen Kreise. So könnte ich noch Dutzende von Beispielen anführen. Willenshatter haben schon nachgewiesen, daß dadurch, daß man den Landwirt nicht richtig anwendet, der Boden sehr beschadet, das Unkraut mangelhaft bekämpft usw., hunderte von Millionen alljährlich verloren gehen, was auch wohl richtig sein dürfte. Was dadurch aber verloren geht, daß der Landwirt im Sommer keine Zeit-ung abbestellt, das hat noch niemand nachgewiesen. Auch das wäre ein ganz interessantes Forschungsgebiet, wannalich die Er-forschung ungemein schwierig wäre, da selten die Menschen ihre gemachten Fehler eingestehen wollen. Ich bin der festen Über-zugung, daß auch diese Forschung hunderte von verkoren Millionen zu Tage fördern würde.

Wenn ich in der Betriebslehre mit meinen Landwirtschaftsleh-rern die Betriebslehre behandle, so lese ich ihnen bei den Weiterbildungsmaßnahmen immer vor allem auch die Zeitung aus besonders aus dem, weil die Presse heute eines der wich-tigsten Mittel für den schweren Daseinskampf des Landwirts und eines der wichtigsten Weiterbildungsmittel ist. Deshalb sollte kein Landwirt aus falscher Sparsamkeit oder Mangel an Zeit im Sommer seine Zeitung abbestellen.

Fahrplan-Änderungen. Auf unserer Nebenbahn gibt es ab 30. März eine Änderung und zwar fährt der erste Zug täglich Altensteig ab 5.00 Uhr, Nagold an 5.51 Uhr. Der erste Zug ab Nagold fährt (Werktag) 7.15 Uhr, Altensteig an 8.05 Uhr.

Der neue Fahrplan der Krafftlinie Altensteig-Besenfeld tritt schon am 29. ds. Mts. in Kraft, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen. Der neue Fahrplan dieser Linie ist im Inseratenteil unseres Blattes enthalten.

Die Meisterprüfung im Zimmergewerbe hat mit gutem Erfolg bestanden Fritz Wachenhut jr., Altensteig.

Schülerauszeichnungen der Gewerbeschule Altensteig. Auch in diesem Frühjahr konnten anlässlich des Schul-schlusses eine Anzahl Schüler mit Preisen und Anerken-nungen ausgezeichnet werden. Die Schule wurde hierbei vom Gewerbeverein Altensteig sowie von einer hiesigen Industrie-firma durch namhafte Geldspenden unterstützt. Den Spender sei auch an dieser Stelle herzlich gedankt. Es erhielten einen Preis, in Kl. III: Walter Gauß, Karl Geisel, Eugen Günthner, Gottlob Haas, Martin Hammann, Otto Hauzer, Wilhelm Kalmbach, Friedrich Kohler, Richard Kohler, Hans Koller, Georg Kuf, Margot Schläpfer, Karl Volle; in Kl. II: Alfred Brenner, Friedrich Dürr, Emil Fuhs, Otto Heintel, Erwin Henßler, Rudolf Mast, Eise Metzger, Hans Reihert, Hermann Seih, Michael Traub, Fritz Wolf; in Kl. I: Alfred Broß, Otto Dürr. Anerkenn-ungen in Form eines Diploms erhielten in Kl. III: Friedrich Beyer, Christian Dingler, Ernst Grandel, Albert Gutelunz, Christian Kübler, Gottfried Kentschler, Christian Schaible, Gottlieb Stidel, Walter Wurst; in Kl. II: Gottlieb Broß, Hugo Drehe, Karl Fuß, Hans Klink, Richard Steeb, Ernst Weimer, Hans Würstler; in Kl. I: Luise Bed, Erwin Maier, Anna Walz, Otto Walz, Beate Wucherer.

Reichsbund. Morgen Sonntag hält der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bezirk Altensteig und Nagold, im Hof-haus zum „Pflug“ in Nagold seine Bezirksgeneralver-sammlung ab. Der in unserem Bezirk wohlbekannte Kom-mandant Böhling wird dabei ein alle Kriegssopfer in-teressierendes Referat halten und von 9-12 Uhr vormitt. in allen Versorgungsangelegenheiten zu sprechen sein. (Siehe Inserat.)

„Kanal, der Cosmos“. Es ist den Bemühungen der Schwäb. Bilderbühne gelungen, diesen Köhnen aller Kulturkreise, der wiederholt als vernichtet gemeldet wurde, wieder für Württem-berg zu erwerben. Der Film ist im äußersten Norden von Kanada aufgenommen, jenseits der Baumgrenze im weiten Estimogebiet, wo der Sommer nur kurze Wochen dauert, der Winter aber mit fürchterlicher Macht und Kälte die Herrschaft führt. Der Schöpfer dieses Filmes ist Robert J. Flaherty, ein führender Amerikaner. Seinem Auftrag entsprechend hätte er einen Reklamefilm für eine kanadische Pelzfirma drehen sollen. Er brachte aber mehr: sein Film wurde das ergreifendste Doku-ment vom Kampf des Menschen ums Dasein — ein bewun-derwürdiges Beispiel von Lebensenergie und Mut nicht nur auf Seiten von Natur und den Seinigen, sondern auch auf Seiten des Operateurs, denn die ungeheure Kälte — bis zu 50 Grad unter Null — und das Wüsten des Naturvolkes waren nicht die einzigen Hindernisse, die es zu überwinden galt. Die an-strengende Arbeit erforderte nicht weniger als 13 Monate. Aus dem Inhalt: u. a. Estimoleben — Die Polarnacht — Schnee-sturm im hohen Norden — Raub-, Walrez- und Seebundung — Kanal baut ein Schneehaus — Kanal als Familienvater u. a. m. Der Film wird morgen Sonntag im „Grünen Baum“ in Alten-teig als Neuauflage der Schwäb. Bilderbühne hier vor-geführt. Jedermann sollte ihn sehen. (Siehe Inserat.)

Die Württembergische Landesparlase hat den Rahmen für die Auszahlung der Aufwertungsguthaben wieder er-weitert und zählt vom 1. April ab alle Guthaben bis zu 300 Mark ohne Abzug aus. (Siehe auch Inserat.)

Die Gefahr von Waldbränden ist in diesem bisher über-aus trockenen Frühjahr besonders groß, da nach der anhaf-tenden Frostzeit größere Niederschläge in letzter Zeit aus-geblieben sind. Der Schnee ist verdunstet, ohne wie in an-deren Jahren fast völlig vom Boden aufgelogen zu wer-den. Das weisse Gras und Laub, besonders aber auch die Kulturen und Dünungen, sind trocken und geben einem Feuer reichliche Nahrung. Es muß deshalb von neuem darauf hingewiesen werden, welche große Gefahr durch das Rauchen und Feuerzündeln im Freien dem Walde droht. Besonders häufig ist das unachtsame Fortwerfen von Bren-nenden oder glimmenden Zündhölzern und Zigaretten, oder Zigarettenresten, sowie auch das Abfuchen in und an dem Walde die Ursache gefährlicher Brände. Gerade diese Ur-sache läßt sich aber bei einiger Vorsicht vermeiden.

Warnung. Der Württ. Handwerkskammertag gibt bekannt: In letzter Zeit wurde wiederholt beobachtet, daß von dritter Seite Buch- und Steuerberatungsbüros für das Handwerk veranstaltet werden. Derartigen Unternehmungen kommt es vielfach nur darauf an, die ihnen employ-lenen Geschäftsbücher, Bordrude und sonstige Druckwerke zu vertreiben. Wenn ein Bedürfnis zur Abhaltung von solchen Kurien besteht, so ist die zuständige Handwerks-kammer oder der Gewerbeverein gerne bereit, diese in die Wege zu leiten. Wir warnen also vor unbekanntem Unter-nehmen.

Einführung der Gemeindefiscal- und der Bürgersteuer in zusammengeschlossenen Gemeinden. Nach einer Verordnung des Württ. Innen- und Finanzministeriums ist in zusam-mengeschlossenen Gemeinden die Gesamtgemeinde in den Fällen des § 6 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 der Notverordnung zur Ein-führung der Gemeindefiscal- und der Bürgersteuer mit den dafelbst angegebenen Steuerhöhen verpflichtet. Die Ver-pflichtung tritt ein, wenn im Rechnungsjahre 1931 der Hundertsatz der tatsächlich zur Erhebung gelangenen Umlage der Gesamtgemeinde unter Hinzurechnung des Hundertsatzes



mit dem der Gesamtheit der Kataster der Teilgemeinden hinsichtlich der Teilgemeindefragen herangezogen wird. In den für das Rechnungsjahr 1929 in gleicher Weise zu ermittelnden Hundertjah der Umlage der Teilgemeinden ihrer Teilgemeinde, oder 2. den Landesdurchschnittsah übersteigt. Die neue Verordnung tritt am 1. April 1931 in Kraft.

Calw, 27. März. (Goldene Hochzeit.) Am Dienstag wurde in Unterreichenbach das Ehepaar Britsch das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Herr Britsch ist 77, seine Frau 74 Jahre alt. Beide sind geistig noch sehr frisch, und der Mann auch in körperlicher Hinsicht. Der Bürgermeister überbrachte im Namen des Staatspräsidenten ein Geschenk und eine Urkunde, ebenso im Namen der Gemeinde. Die Kirchenregierung ließ eine prächtige Bibel überreichen und der Geistliche veranstaltete eine würdige Feier im Haus.

Calw, 27. März. Im Festsaal der Späherischen Höheren Handelsschule fand am Dienstagabend die Semesterschlussfeier statt in Verbindung mit einem Lichtbildervortrag des bekannten Alpinisten Walter Stöffer (Pforzheim). Herr Stöffer berichtete über seine erste Besteigung der Dreuzahn-Südwestwand im Rhätikon, über schwierige Besteigungen in den Dolomiten und im Wallis. Seine spannenden Ausführungen wurden durch zahlreiche wunderbare Lichtbilder illustriert, die die Schwierigkeiten seiner Bergfahrten, aber auch die Schönheiten des Hochgebirges seinen Hörern nahe brachten. Direktor Dr. Weber dankte dem Redner im Namen der Schüler sowie der zahlreichen geladenen Gäste und verabschiedete die zur Entlassung kommenden Schüler.

Stuttgart, 27. März. (Prüfung für Gesang- und Musiklehrer.) Die Prüfung für Gesang- und Musiklehrer an höheren Schulen nach der Prüfungsordnung vom 1. Februar 1927 haben 15 Herren bestanden.

Schlichtungsweisen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Vom 1. April d. J. ab werden die Geschäfte des Schlichtungsausschusses Kottweil vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Stuttgart, die Geschäfte des Schlichtungsausschusses Hechingen vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses Ulm bis auf weiteres wahrgenommen.

Eingemeindungen. Die Eingemeindung von Zuhlenhausen ist nun von der Ausschussbehörde genehmigt und wird am 1. April vollzogen. Wegen der Eingemeindung von Münster sind die Verhandlungen mit der Gemeinde selbst abgeschlossen, dagegen konnten die Verhandlungen mit der Amtsförperschaft leider noch nicht soweit gefördert werden, daß die Eingemeindung schon auf 1. April möglich wäre. Die Vorbereitungen bezüglich der Gemeinde Rotenberg sind so weit gediehen, daß mit der Eingemeindung auf 1. Mai d. J. gerechnet werden kann.

Todesfall. Am Donnerstag ist nach längerem Leiden der bekannte Stuttgarter Mundartdichter Otto Keller gestorben. Er ist nur 55 Jahre alt geworden. Seit er auf seiner Amerikareise im Jahre 1924 einen Unfall hatte, kränkelte er. Er war als Dichter und Vortragender längst bekannt, als seine ersten Bändchen „Sänig und Zwerfische“, „Saha und Sächle“ 1917 und 1918 erschienen. Die Bändchen wurden in vielen Tausenden gefaßt, auch die späteren wie „Dinweg maichber“, „Grillabartcher“, „Heilige Biache“, „Tray net io“. Einiges von ihm wurde auch vertont und gerne gelungen. Neben gut poliertem Witz und berberem Humor standen ihm auch die Gemütskräfte zur Verfügung.

Tübingen, 27. März. (Zu früh losgegangen.) Durch einen zu früh losgehenden Sprengkörper, der beim Schießen anlässlich der Beerdigung eines Veteranen Verwendung fand, wurde am Donnerstag nachmittag ein 85-jähriges Mitglied der Veteranen- und Kriegerkameradschaft Tübingen nicht unerheblich verletzt. Der Verletzte erlitt Verbrennungen am linken Handteller und auch im Gesicht und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Tübingen, 27. März. (Bom Wilhelmsstift.) Auf Grund der mit Erfolg abgelegten Konfursprüfung sind vom Reich Kirchenrat 32 Jüglinge in das Wilhelmsstift in Tübingen aufgenommen worden.

Redarjalm, 27. März. (Kündigungen.) In den NSU-Werken wird die Beschäftigung reduziert. Zur Zeit sind dort, ohne die Beamten und die Angestellten, 1800 Personen beschäftigt. In den nächsten Wochen lassen ca. 400 Beschäftigte in Serien je Woche zu 100 entlassen werden. Ferner ist sämtlichen Angestellten und Beamten gekündigt, eine Maßnahme, die in der Hauptsache aus arbeitszeitlichen Gründen erfolgt sein dürfte. Doch wird auch bei einem Teil der Angestellten und Beamten mit Entlassungen zu rechnen sein.

Rohendorf O. Redarjalm, 27. März. (Einbruch.) Am Mittwoch wurde auf dem Bahnhof der Rohertalbahn gewaltsam eingebrochen. Das Zimmer des Bahnaganten wurde kreuz und quer durchsucht. Dabei fielen nur ein paar Pfennige in die Hände der Einbrecher.

Vödingen, 27. März. (Schaufensterbrand.) Mit einem Brennglas ausgerüstet, spielten am Dienstag nachmittag einige Knaben vor einem Laden. Sie hatten es dabei wahrscheinlich auf intensive Beleuchtung der im Schaufenster ausgestellten Waren abgesehen. Und plötzlich fingen die Papierteile hinter dem Glas zu rauchen und zu brennen an und bald stand das ganze Schaufenster in Brand. Es wurde durch Feuerlöschapparate gelöscht.

Ulm, 27. März. (Der städtische Etat.) Bei einer Umlage von 18 Prozent (wie im Vorjahre) gleichen sich Einnahmen und Ausgaben mit je rund 22 Millionen RM aus. Der Etat wurde im Gemeinderat einstimmig genehmigt.

Seidenheim, 27. März. (Der teure Schnee.) Im Gemeinderat wurde u. a. mitgeteilt, daß die Schneebeseitigung in diesem Jahre einen Aufwand von 18 000 RM verursacht hat.

Göppingen, 26. März. (Eine nationalsozialistische Tellerjammung beschlagnahmt.) Am Dienstagabend hielten die Nationalsozialisten im „Apotheksaal“ eine Versammlung ab, in der der Wiener Gauleiter, Frauenfeld, als Redner auftrat. Die Versammlung ist ruhig verlaufen, doch kam es, lt. „Hohenstaufen“, am Schluß zu einem Zwischenfall, indem von der Polizei der Ertrag einer Tellerjammung beschlagnahmt wurde. Von der Polizei war die Veranstaltung von Tellerjammungen für solche Veranstaltungen, bei denen Eintrittsgeld erhoben wurde, verboten worden.

Möckmühl O. Redarjalm, 27. März. (Jugsentgehung.) Der Frühzug der Nebenbahn Möckmühl-Dörzbach entgleiste zwischen Dornhausen und Widdern. Die Lokomotive, der Packwagen sowie ein Personenwagen stürzten um. Die in der anderen Abteilung sitzenden Fahrgäste wurden laut „Redarjalm“ teils nicht unerheblich verletzt, teils kamen sie mit dem Schrecken davon. Den Weg ins Freie mußten sie durchs Fenster nehmen.

Wahlheim O. Ellwangen, 27. März. (Die Ehefrau vergiftet.) Ein erst kürzlich nach Beersbach verheirateter Landwirt versuchte, seine Ehefrau mit Weizen, das er ins Bier mischte, zu vergiften. Bei der Frau zeigte sich sofort schwere Krankheitserscheinungen. Man schöpfte Verdacht und zog den Arzt bei. Dieser stellte eine Vergiftung fest. Der Täter ist gefänglich und wurde ins Amtsgerichtsgefängnis Ellwangen eingeliefert. Das Befinden der Frau ist zu ernsten Besorgnissen Anlaß.

Berlingen i. Hohenz., 27. März. (Ein mysteriöser Fall.) Seit einigen Tagen herrscht in unserer Gemeinde eine begriffliche Aufregung. Der 17-jährige Wilhelm Spohn ging mit Wissen seiner Eltern am Montag morgen zu Fuß nach Jungnau, um dort bei Bekannten einen Auftrag zu erledigen. Seit diesem Zeitpunkt ist er spurlos verschwunden. Nach polizeilichen Ermittlungen kam er in Jungnau gar nicht an. Der Vermißte ist eine sehr stille, ruhige Person.

Dettingen i. Hohenz., 27. März. (Brand.) Heute morgen ist im Bräuhaus der Hirsch-Bräuerei Feuer ausgebrochen, dem das Bräuhaus zum Opfer gefallen ist.

Was Haben

Gutach, 26. März. (Vorsicht beim Ammoniakstreuen!) Ein hiesiger Landwirt mußte am vergangenen Sonntag nach in später Nachtstunde wegen Blutvergiftung in das Krankenhaus Hornberg aufgenommen werden. Beim Ammoniakstreuen kam ihm etwas in eine Wunde an der Hand, die sich dann entzündete und eine schwere Blutvergiftung hervorrief.

Söhrenbach, 26. März. (Der große Kappenggerhol bei Langenbach völlig niedergebrannt.) Mittwoch mittag brannte der große Kappenggerhol bei Langenbach völlig nieder. Die Brandursache steht noch nicht fest. Außer dem Vieh konnte nichts mehr gerettet werden, da das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich griff. Der Besitzer Günther, Haupt einer 14köpfigen Familie, konnte nicht einmal seine Kleider retten. Bei dem Versuch, Geld aus dem Hause zu holen, mußte er wieder umkehren, da ihm die Flammen schon entgegenstürzten. Der Schaden wird auf ungefähr 40 000 Mark geschätzt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Ein zweiter Fall Wolff. Wie die Blätter melden, wurde in Diez (Lahn) ein Arzt Dr. Arnold wegen Verstoßens gegen die Strafvorschriften des § 218 verhaftet. Wie die Ermittlungen und das Geständnis des Verhafteten ergaben, soll sich Dr. Arnold in mehr als 100 Fällen eines Verstoßens gegen § 218 schuldig gemacht haben. In einem Falle ist auch der Tod einer Patientin festgestellt worden.

Opfer des Altschiffenburger Eisenschiffsdrama. Die bei dem Eisenschiffsdrama am Montag durch einen Versuchschuß schwer verletzte Walpurga Mittenberger ist im Krankenhaus dieser Verletzung erlegen. Das Drama hat somit zwei Todesopfer gefordert.

Mehr als 35 000 Leichen in den Straßen von Schanghai gefunden. Nach einer amtlichen Statistik wurden im Jahre 1930 in den Straßen der Stadt mehr als 35 000 Leichen geborgen, darunter mehr als 34 000 Kinderleichen.

Humor

Berühmte Wirkung. Die Mutter findet ihren kleinen Sohn, der mit seinen Kameraden Indianer gespielt hat, brüllend in einer Ecke. — „Na, was ist denn mit dir los; haben sie dich denn wieder kalpiert?“ — „Nein, Mutter, aber wir haben vorher die Friedenspfeife geraucht.“

Letzte Nachrichten

Gesandter Norzoh nach Berlin berufen. Berlin, 28. März. Der deutsche Gesandte in Kowno, Norzoh, ist, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, nach Berlin berufen worden, um dem Außenminister über eine Reihe italisches-deutscher Angelegenheiten, darunter auch Fragen des Remelegebietes, Bericht zu erstatten.

Ein Angeklagter verklagt den Oberstaatsanwalt wegen Beleidigung.

Deffau, 28. März. Der nicht alltägliche Fall, daß ein öffentlicher Ankläger vom Beschuldigten gerichtlich zur Verantwortung gezogen wird, ereignete sich in Deffau. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht am Mittwoch dieser Woche, in der sich der Redakteur des „Anhalter Anzeigers“, Paul Seiserth, wegen Beleidigung des Anhaltischen Staatsministers zu verantworten hatte, ließ sich der Oberstaatsanwalt Biermann zu demartigen Beleidigungen des angeklagten Redakteurs, der in einem Prozeß freigesprochen und in den anderen zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde, hinreißen, daß Verlag und Redaktion des genannten Blattes sich veranlaßt sahen, den öffentlichen Ankläger wegen Beleidigung zu verklagen. Ferner ist wegen des Verhaltens des Oberstaatsanwalts Beschwerde über diesen beim Generalstaatsanwalt in Raumburg eingeleitet worden.

Die Sitzung des Reichskabinetts

Berlin, 27. März. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinet in seiner heutigen Nachmittagsitzung eine Reihe laufender Angelegenheiten erledigt, die vor der Osterpause noch zur Beratung kommen mußten. Der wesentlichste Punkt ist, daß die Entscheidung über das Reichsehrenmal getroffen wurde. Das Kabinet beschloß als Ort des Ehrenmals Berke in Thüringen auszuwählen. — In der Ministerbesprechung, die der Kabinettsitzung heute vormittag vorausging, wurden die nächsten Aufgaben der Regierung durchgesprochen; vor allem erstattete der frühere Reichsarbeitsminister Brauns Bericht über die Tätigkeit des Gutachterauschusses.

Stahlhelm und Kirche

Magdeburg, 27. März. Auf einer Kundgebung für das Stahlhelmsoldatenbegehren in der hiesigen Stadthalle gab der Gründer und erste Bundesführer des Stahlhelms, Franz Selde, eine Erklärung über die Stellung des Stahlhelms zu den christlichen Kirchen ab, in der er u. a. betonte, daß der Stahlhelm seinen Kurs halte. Er debattiere nicht über Staatsform und nicht über die christlichen Konfessionen. Der Stahlhelm wüßte und wolle mit keiner Kirche Kampf. Im Gegenteil, er wolle ein Zusammenarbeiten mit beiden christlichen Konfessionen, mit der katholischen und mit der evangelischen Kirche. Es handle sich um das Prinzip, und das Prinzip heiße: Der Stahlhelm will Frieden und Zusammenarbeit mit der christlichen Kirche.

Schwere Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten

Lüdenscheid, 28. März. Eine Versammlung der Nationalsozialisten in der „Schützenhalle“, die von etwa 1300 Personen besucht war, wurde gestern abend kurz nach der Eröffnung durch einen Kommissar der Landeskriminalpolizei geschlossen. Der Saal wurde von der Polizei geräumt. Bald darauf kam es auf dem Platz vor der „Schützenhalle“ zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer blutigen Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten insgesamt 20 Verletzte gab, von denen einige dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. In der Stadt kam es dann noch überall zu Ansammlungen. Eine Gruppe versuchte sogar, das Rathaus zu stürmen. Der Polizei gelang es jedoch, weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Reichstagsabgeordneter Dr. Len verhaftet

Köln, 28. März. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Len-Köln wurde gestern abend nach Ablauf seiner Immunität von der Kriminalpolizei in einem Lokal in Köln-Deutz, wo er vor nationalsozialistischen Stoßtrupps einen Vortrag halten wollte, verhaftet, da gegen ihn nach mehreren Strafsachen wegen Beleidigung schweben. Er wurde von der Polizei, die ihn im Laufe des Tages in seiner Wohnung und im Parteihaus vergeblich gesucht hatte, ohne Zwischenfall zum Polizeipräsidium gebracht.

Naturnatürliches Wetter für Sonntag und Montag

Schdruck beherrscht die Wetterlage. Für Sonntag und Montag ist vielfach heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Krieger'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.

**Amtliche Bekanntmachungen
Handel mit Besen, Besenreis
und Weihnachtsbäumen.**

Die Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Febr. 1927 über den Handel mit Besen, Besenreis und Weihnachtsbäumen im Bezirk des Polizeipräsidiums und des Amtsbezirks Stuttgart sowie in den Oberamtsbezirken Ehlingen, Rürtingen, Tübingen und Herrenberg, Besen, Besenreis oder Weihnachtsbäume verkauft, muß mit einem Zeugnis über den rechtmäßigen Erwerb seiner Ware versehen sein.

Ziemlich gilt folgendes:

1. Wer innerhalb des Bezirks des Polizeipräsidiums Stuttgart oder der Oberamtsbezirke Stuttgart-Amt, Ehlingen, Rürtingen, Tübingen und Herrenberg, Besen, Besenreis oder Weihnachtsbäume verkauft, muß mit einem Zeugnis über den rechtmäßigen Erwerb seiner Ware versehen sein.
2. Das Zeugnis hat der Ortsvorsteher des Wohnorts des Verkäufers auszustellen. In dem Zeugnis ist die zum Verkauf bestimmte Holzware nach Art und Größe genau zu bezeichnen, auch muß das Zeugnis neben der Unterschrift des Ortsvorstehers den Tag der Ausstellung enthalten und mit dem Ortsregel versehen sein. Ein solches Zeugnis kann zum Verkauf der in ihm beschriebenen Holzwaren innerhalb der dem Tag der Ausstellung des Zeugnisses nachfolgenden acht Tage verwendet werden.
3. Der Ortsvorsteher ist dafür verantwortlich, daß er das verlangte Zeugnis keinem ausstellt, der sich nicht über den rechtmäßigen Erwerb der zu verkaufenden Waldserzeugnisse glaubhaft ausgewiesen hat. Mit besonderer Genauigkeit ist bei Ausstellung der Zeugnisse solcher Personen zu verfahren, die wegen Forstdiebstahls (Art. 6 des Forststrafgesetzes) oder wegen gemeinen Diebstahls schon bestraft worden sind.
4. Zuwiderhandlungen sind strafbar. Raumburg, den 27. März 1931.

Oberamt: Baitinger.



